

## Abschied von Klein-Europa

VON JOSEF JOFFE

Im Währungsorkan des Augusts ist nicht nur das Kettenwerk fester Wechselkurse (EWS) zerbrochen, sondern auch das klassische Gefüge der europäischen Integration. Begonnen hatte die Klein-Europa-Epoche mit der Montanunion vor 40 Jahren; ihr letztes Kapitel hieß 'Maastricht'. Allen Institutionen mit dem E- Kürzel im Namen - von EWG bis EWS - war eine scheinbar bestechende, aber brüchige Theorie gemein, die unter der dünnen Floskel des 'Funktionalismus' firmierte. Laßt uns, verkündeten die Gründerväter wie Jean Monnet, Europa nicht im großen Wurf, sondern mit kleinen Balken zimmern. Beginnen wir nicht mit Verfassung und Parlament, sondern mit der Fusion einzelner Wirtschaftszweige wie Kohle und Stahl.

Der Rest würde sich dann praktisch von selbst erledigen - per 'List der Vernunft'. Fallen erst die Grenzen in einem Sektor, müßten die anderen zwangsläufig folgen: heute Stahl, morgen Autos, dann Dienstleistungen, schließlich die Währungen. Die Souveränität der Nationen würde so Schritt um Schritt, ja nachgerade hinterrücks untergraben, so daß zum Schluß der Bundesstaat nur noch reine Formalität wäre. Das war, wie sich nun herausstellt, zu 'marxistisch' gedacht - nach der Devise, daß die Wirtschaft mächtiger sei als die Politik.

Die Gründerväter glaubten, daß jeder Schritt den nächsten einfacher machen würde - wie bei einem Kleinkind, das laufen lernt. Tatsächlich aber verhält es sich mit der Integration wie mit der Bergsteigerei: Am Anfang schreitet sich's fürbaß voran, doch dann wird der Weg immer steiler, die Luft immer dünner, die Absturzgefahr immer größer. Und deshalb ist der Monnet-Maastricht-Prozeß jetzt am Ende. Denn beim Euro-Geld geht es um den Kern staatlicher Souveränität - so wie vor 39 Jahren, als der kühnste Einheitstraum, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, am Souveränitätsanspruch der Franzosen zerplatzte.

Der Absturz des EWS in die Niederung von praktisch frei flottierenden Kursen hat die Jean Monnets postum widerlegt: Nicht die Wirtschaft macht den Staat, nicht der ökonomische 'Sachzwang', sondern der politische Wille. Die 13 amerikanischen Kolonien haben sich zuerst eine gemeinsame Verfassung verpaßt. Erst nach dem blutigen Bürgerkrieg (1861-65) wurde der 'Gemeinsame Agrarmarkt' durch Beseitigung der Sklaverei geschaffen; erst 1913 entstand mit dem Federal Reserve System eine wirklich gemeinsame Währungspolitik. Nicht anders in Deutschland: Zuerst wurde das Bismarcksche Reich mit 'Eisen und Blut' aus dem partikularistischen Boden gestampft; danach erst konnte ein starker Staat Handelshemmnisse und Provinzgräben einebnen, um so die Deutschen in einem gemeinsamen Markt zu vereinigen.

### EG im Währungssturm

Europa aber versuchte auf leisen Füßen den umgekehrten Weg zu gehen - den Staaten Stück um Stück die Kontrolle über die Wirtschaft zu entwenden, auf daß sie irdend-

wann - ausgehöhlt und morsch - schlichtweg zerbröckeln würden. Doch haben die Eurokraten die Beharrungskraft des Nationalstaates - immerhin der erfolgreichsten Organisation seit 600 Jahren - sträflich unterschätzt. Es ist kein Wunder, daß die EG ihr Trafalgar in den Währungsstürmen seit September 1992 erleiden mußte. Hätten sich die Staaten nämlich so verhalten, wie es das EWS diktierte, dann hätten sie schon mal zur Hälfte vor Brüssel kapituliert. Sie hätten dann keine nationale Zins-, Geld- und Steuerpolitik betrieben, sondern eine europäische. Denn - das ist Ökonomie aus dem zweiten Semester: Das Netzwerk fester Wechselkurse hängt an einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik so wie die Brücke an der Stahltrasse. Nur: Das Leben und Überleben der Regierungen hängt ebenfalls an der Wirtschaftspolitik; nichts beeinflußt Wahlausgänge mehr als der Zustand des Wähler-Portemonnaies. Deshalb haben auch die Bonner die Finanzierung der Vereinigung auf scheinbar wählerfreundlichem Wege versucht und das nationale Hemd, nicht den europäischen Rock im Auge behalten. Es wurde nicht gespart, sondern gepumpt; darauf folgten Inflation und der Zinsknüppel der Bundesbank wie das Amen in der Kirche - und schließlich das Dauerbeben im EWS.

Daß eine europäische Epoche zu Ende gegangen ist, hat natürlich noch tiefere Gründe - und die werden Maastricht, den Traum vom Bundesstaat noch kräftiger zerwirbeln. Maastricht zog die Trasse nach Klein-Europa, und das war ein Kind des Kalten Krieges. Dessen Ende hat aber nicht nur Wiedervereinigung und Währungsstürme ausgelöst, sondern vor allem das Prämissen-Fundament der Gründerväter durchlöchert.

### Alte Fesseln, neue Probleme

Erstens: Europa kann nicht mehr Klein-Europa sein; dazu gehören zumindest die Ex-Neutralen, die Norweger, die Polen, Tschechen und Ungarn. Zweitens, und das ist kein Grund zum nationalen Triumphgeheul: Die Rolle der Bundesrepublik hat sich geändert. Bonn war nach 1949 der Motor der Integration, weil die EG moralische Rehabilitierung, militärischen Schutz und Märkte im Westen verhielt, die im Osten verlorengegangen waren; wer keine Souveränität besaß, konnte um so beherzter den Souveränitätsverzicht predigen. Nun aber sind die alten Fesseln abgefallen und neue Probleme aufgetaucht: Stabilitätsverfall im Osten, Einwanderungsdruck aus dem Osten. Naturgemäß lenkt dies Blick und Ressourcen über Oder und Böhmerwald hinweg. Drittens: Alle westeuropäischen Staaten haben nach Ende der Blockdisziplin ein großes Stück Freiheit gewonnen, und wo der Anpassungsdruck fehlt, wuchert die nationale Eigensucht.

Dies zu beklagen, hilft herzlich wenig. Schlimmer noch: Wer falsch Maß nimmt an den Realitäten, wird bloß den falschen Anzug für Europa schneiden - wie geschehen in Maastricht. Institutionen wie das EWS können nicht mehr leisten als die Staaten bereit sind zu geben. Währungs- und Balkankrieg dramatisieren überdies das hohe Risiko, das in Lippenbekenntnissen zu Europa

lauert, die kein Regierungschef in Wahrheit honorieren will. Streit und Ohnmacht zeugen bloß Zynismus, den Europa nicht verdient hat.

Die Sache Europas verdient vor allem den 'geschärften Blick' für die Realitäten, wie es Max Weber einst formuliert hat. Eine Wirklichkeit ist, daß die Währungsunion keine ist - und noch weniger ist es der Bundesstaat, wie er durch die Sonntagsreden geistert. Der Nationalstaat hat keinen Anlaß zum Abdanken, doch ist das kein Grund zur melancholischen Lähmung. Gewiß läßt sich der Binnenmarkt besser mit einer einzigen Währung bauen, aber es geht auch (etwas mühsamer) im Nebeneinander von Mark, Franc und Lira.

Der EWS-Kollaps bietet sogar ein Stück Glück im Unglück: Im mörderischen Kampf mit Rezession und Globalisierung bieten halbwegs flexible Kurse - sprich: eine halbwegs autonome Wirtschaftspolitik - einen Puffer, der die Pein der Anpassung lindern kann. Die Erweiterung der EG ist das Gebot der Stunde, und die ist ohne Währungsunion ohnehin einfacher zu haben. Europa muß - und wird - zusammenwachsen, aber die Rezeptur kann nicht mehr die von Monnet, Schuman und Adenauer sein. Diese Männer haben Historisches vollbracht, aber wer die Zäsur von 1989/90 ignoriert, wird die Zukunft nicht meistern.